

Mehr Wind und weniger Atomkraft

Umweltpfarrer Meisinger nimmt Stellung zum „Energiekonzept 2020“ von Ministerin Silke Lautenschläger

Die Hessische Landesregierung hat angekündigt, im Jahr 2010 ein Gesamtenergiekonzept „Programm Energie 2020 für Hessen“ vorzulegen. Die am 1. Februar 2010 von Ministerin Silke Lautenschläger vorgelegten „Ziele und Eckpunkte des Hessischen Energiekonzepts für die Bereiche Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ sind ein Zwischenschritt auf diesem Weg. Gut daran ist sicherlich, dass Energie weiterhin zu einem öffentlichen Thema gemacht wird und die Mitarbeit und das Engagement aller gesellschaftlichen Gruppen, von den Kommunen und den hessischen Unternehmern bis hin zu Bürgerinnen und Bürgern – und zu ergänzen wären die Kirchen – erforderlich sind. Die öffentlichen Reaktionen der Parteien im Landtag, aber auch des BUND-Hessen zeigen, dass dies ein notwendiger Prozess ist. So wird beispielsweise deutlich, dass die Windenergie mit 7 TWh/a (Terrawattstunden pro Jahr) in den Modellrechnungen des Energieforums nur eine Art Lückenfüller ist, um das angestrebte Ziel von etwa 21 TWh/a aus erneuerbaren Energieträgern – dies entspräche etwa 20% des erwarteten Endenergieverbrauchs – in 2020 zu erreichen. Hier ist weitaus mehr Potenzial in Hessen selbst vorhanden, so dass auch Bürgschaften für außerhessische Investitionen nur begrenzt sinnvoll scheinen. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) trägt ihren Teil zu Klimaschutz bei. Derzeit arbeitet die EKHN an einem Programm, ihren CO₂-Ausstoss bis zum Jahre 2015, gemessen am Basisjahr 2005, um 25 % zu reduzieren.

Gegen eine Laufzeitverlängerung des AKW Biblis

An der Energiepolitik, die Ministerin Lautenschläger insgesamt vertritt, ist aus EKHN-Sicht zu kritisieren, dass sie darin offen über eine Laufzeitverlängerung des AKW Biblis nachdenkt. Damit spricht sie sich nicht konsequent genug für den Ausbau erneuerbarer Energien aus. Gerade der erst vor wenigen Wochen veröffentlichte „AKW-Gefährdungsatlas“ der Deutschen Umweltstiftung und die – wenn auch umstrittene – *KiKK-Studie* des Mainzer Kinderkrebsregisters (KiKK steht für Kinderkrebs in der Nähe von Kernkraftwerken) aus dem Jahr 2007 weisen auf das hohe Gefährdungspotenzial dieser Technologie hin. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat sich zuletzt im Jahr 2006 in einer Stellungnahme „Energiepolitik – 20 Jahre nach Tschernobyl“ für einen Verzicht auf Atomenergie ausgesprochen. Es bleibt abzuwarten, ob das Gesamtenergiekonzept, das nun erarbeitet werden soll, wirklich eine „aktiv gestaltende Energiepolitik“ darstellen wird, wie es in dem Eckpunkteprogramm gefordert wird.